Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin C2, An der Stralauer Brücke 6, IV
Tel.: Berolina 2095 — Postscheckkonto: Berlin 10301

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Der 37. und 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 21. September ist fällig.

Zum Verbandstage.

Wenn auch die Vorbereitungen zu unserem Verbandstage in die Hundstage und Saure-Gurken-Zeit fallen, so gehen sie doch voran und sind bei der Hauptverwaltung schon einige Ergebnisse der Besprechungen und Beratungen eingegangen. Diese mögen hiermit der gesamten Mitgliedschaft bekanntgegeben werden, um weiteren Aussprachen und Anregungen zu dienen.

Eine stark besuchte

Vertrauensmänner-Konferenz des Bezirkes Dresden

und Umgegend am 20. August beschloß nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der durch den Vorstand und Beirat mit dem Verkehrsbund und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter geflogenen Verschmelzungsverhandlungen folgende Entschliebung:

1. Der Verschmelzung der 3 Verbände wird zugestimmt;
2. Unser Verbandstag möge in dem neuen Verband einen Ausbau der Reichsfachgruppe „Gärtnerei, Park und Friedhof“ zu einer festgefügt schlagfertigen Berufsgruppe fordern, was durch folgende Einrichtungen und Maßnahmen erreicht werden soll:
 - a) Beibehaltung des Namens „Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter“ für die neue Reichsfachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof;
 - b) Regelmäßige Berufsversammlungen, weitere Herausgabe der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“ und des „Gärtnerei-Fachblattes“ sowie weitere Unterhaltung von fachlichen Wanderbibliotheken;
 - c) Tarifliche Regelung der gärtnerischen Lohn-, Arbeitszeit- und Ferienfragen;
 - d) Interessenvertretung der Belangnisse aller in der Gärtnerei tätigen Arbeitnehmer an allen in Betracht kommenden Stellen;
 - e) Förderung aller fortschrittlichen Maßnahmen zum Wohle der Gärtnerei- und Binderei-Lehrlinge und sonstigen Berufsjugend;
 - f) Kampf-Fortsetzung um die Unterstellung der gesamten Erwerbsgärtnerei unter die Gewerbeordnung bis zur endgültigen Klärung.

Die Ortsverwaltung Hamburg

beschloß folgende Entschliebung:

Die Konzentration der Gewerkschaftsbewegung ist eine Notwendigkeit in der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die Möglichkeit des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Verkehrsbund und dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird begrüßt, die Generalversammlung möge dem Zusammenschluß zustimmen.

In der Erwartung, daß auch im Rahmen der „Vereinigten Verbände“ unser gerechter Kampf um die Zugehörigkeit der Gärtnerei zum Gewerbe mit unverminderter Schärfe weitergeführt wird, wird zur wirkungsvollen Unterstützung dieses Kampfes die weitere Herausgabe der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“ als notwendig erachtet.

Unsere Forderungen, daß das Arbeitsschutzgesetz wie auch das Berufsausbildungsgesetz auf die Gärtnerei Anwendung zu finden haben, sind aufrecht zu erhalten. Alle gegenteiligen Bestrebungen sind mit Nachdruck zu bekämpfen.

Mit allen gesetzlichen Mitteln ist weiter einer Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung entgegen zu wirken. Insbesondere wird die Herausnahme des Gärtnerberufes aus der Krisenfürsorge bei dem hohen Stand der Arbeitslosigkeit im Beruf als ungerechte

Härte empfunden. Es wird gefordert, die Gärtnerei wieder umgehend in die Krisenfürsorge einzureihen.

Erfahrungsgemäß war schon bisher die Förderung fachlicher Weiterbildung im Rahmen unseres Verbandes ein außerordentliches gutes und wirkungsvolles Werbemittel, vor allem bei den jungen Kollegen. Hierauf darf auch in Zukunft im Rahmen der Großorganisation nicht verzichtet werden. Es ist deshalb dahin zu wirken, daß das Fachblatt, die Fachbibliotheken wie auch der fachliche Lichtbilddienst nicht nur erhalten, sondern nach Möglichkeit noch weiter verbessert und ausgebaut werden.

Anträge zum Verbandstag

sind bisher folgende eingegangen:

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: **Der Anschluß des Verbandes an die neue Großorganisation:**

Rathenow: Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ wird auch in der neuen Organisation den weiblichen Mitgliedern weiter geliefert, es sei denn, daß die allgemeine Verbandszeitung nach der Richtung hin ausgebaut wird oder eine besondere Frauenbeilage erhält.

Stettin: Die „Allg. Deutsche Gärtner-Zeitung“ ist in der neuen Organisation beizubehalten, um vor allem unsere besonderen Berufsfragen zu erörtern. Auch das „Gärtnerei-Fachblatt“ ist unbedingt beizubehalten und weiter auszubauen.

Polzin: Die „Allg. Deutsche Gärtner-Zeitung“ soll als besonderes Organ der künftigen Reichsfachgruppe weiter erscheinen.

Glauchau: Die Verbandszeitschrift ist nach Zusammenschluß des Großverbandes auch an die Kollegen der Staats-, Stadt- und Gemeindegärtnerei auszuhändigen und möglichst 14tägig. — Die Fachzeitschrift ist zu erhalten, denn sie wird durch den Zusammenschluß auch in den uns anschließenden Gruppen Aufnahme finden, so daß mit einer stärkeren Auflage zu rechnen ist. — Die Gärtner der Staats-, Stadt- und Gemeindegärtnereien halten ihre Versammlung zusammen mit den Kollegen der übrigen Gärtnerei ab, so daß gemeinsame Interessenvertretung und Verbandsförderung erreicht wird, was besonders den kleineren Gruppen zum Vorteil gereichen wird.

Zu Punkt 3: **Die Gärtnerei in der Sozialgesetzgebung.**

Dresden: Indem der Verbandstag feststellt, daß die Entwicklung der „gärtnerischen Rechtsfrage“ nur schleppend vorwärts geht, ist in Anbetracht der sich hinziehenden Verhandlungen im Reichstag, eine Zwischenregelung zu versuchen, durch die die gesamte Gärtnerei arbeitsrechtlich wie auch sozialpolitisch dem gewerblichen Arbeitsrecht zugeteilt wird.

Zu Punkt 5: **Die Entwicklung unserer Tarifverträge.**

Dresden: Der Verbandstag wolle beschließen: Die fortschreitende technische Entwicklung in den privaten Produktionsbetrieben der Gärtnerei rechtfertigen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit im ganzen Jahr. Sollte jedoch deren Durchsetzung noch nicht möglich sein, so ist die neunstündige Arbeitszeit anstatt für die Zeit von 8 Monaten nur für 4 Monate pro Jahr zu vereinbaren. Eine 9. Arbeitsstunde hat als Überstunde zu gelten und muß mit einem entsprechenden Aufschlag bezahlt werden.

Vom Bezirkstreffen in Gera.

Etwa 100 Mann stark waren am 1. September gegen 9 Uhr die Kollegen aus den Ortsgruppen Westsachsens und dem angrenzenden Teile Thüringens in Gera versammelt, in lebenswürdiger Weise von den dortigen Kollegen am Bahnhof empfangen. Der Vormittag war der Besichtigung gärtnerischer Sehenswürdigkeiten Geras gewidmet.

Als erstes wurde der städtische Dahliengarten besucht. Ein ehemaliger Schuttabladeplatz, im Laufe der Zeit zu seiner jetzigen Form umgewandelt, ist er rd. 2 Hektar groß und in sehr guter und übersichtlicher Linienführung gehalten. Zur

Schau stehen etwa 200 Dahliensorten in verschiedensten Farben und Formen. Die Dahlienknollen werden kostenlos von verschiedenen Firmen geliefert; für die Pflüge verbleiben dann der zehnte Teil der Knollen der Stadtgartenverwaltung.

Das nächste Besichtigungsobjekt waren die Schmuckanlagen des städtischen Krankenhauses. Sehr geschmackvoll ausgeführt, tragen sie gewiß auch zur Gesundung der Krankenhausinsassen bei. Leider macht sich gerade dort Wassermangel unangenehm bemerkbar mit seinen üblen Folgen, vor allem die Rasenflächen drohen zu verbrennen.

Die Schulenburg'sche Privatgärtnerei war das nächste Ziel. Dieser Betrieb, einst großzügig und luxuriös angelegt, muß sich heute selbst erhalten. Aber er unterscheidet sich durch die Art der Betriebsführung und durch seine Pflanzensätze, darunter interessante Seltenheiten, sehr erheblich von den üblichen Erwerbsbetrieben. Des beschränkten Raumes wegen sollen nur einige Einzelheiten herausgegriffen werden. Am meisten fesselte die Orchideenkultur, geleitet von einem dort schon langjährig tätigen französischen Obergärtner, sowohl durch das Pflanzenmaterial als die uns gebotenen wertvollen Einblicke in das schwierige, deshalb präzise zu behandelnde Arbeitsgebiet der Orchideensamenvermehrung. (Näheres demnächst darüber im „Gärtnerei-Fachblatt“.) Obergärtner Sandhack führte uns dann ein in sein Interessengebiet, die Dahlien- und Gladiolenneuzüchtung.

Auf einem wundervollen Waldweg ging es dann zum „Hofküchengarten“. Auch dieser ist heute auf eine wirtschaftlich selbständige Basis gestellt und hat sich den Erfordernissen eines modernen Erwerbsbetriebes vorzüglich anzupassen gewußt. Das zeigten recht eindrucklich der moderne Gemüseblock, von der Firma Mehlhorn gebaut und mit zurzeit fast abgeernteten Tomaten besetzt. Noch manche andere interessante Einzelheit rechtfertigten den Besuch auch dieses Betriebes, dem auch die Pflüge der dazugehörigen Schmuckanlagen obliegt, vollauf.

Nach dem Mittagmahl setzte dann im Versammlungsfokal „Goldene Kugel“ die vorgesehene Tagung ein, eröffnet durch eine Begrüßungsansprache des Kollegen Meißner, Leipzig, der seiner Freude über die zahlreiche Beteiligung Ausdruck gab. In die Tagesordnung eintretend, gab er einen Bericht von der Tätigkeit der veranstaltenden Gaue. Dabei entwickelte er zunächst das Wesen des neuen Rahmentarifvertrages und kritisierte dann die Bemühungen der Erwerbsgärtner, die Anlage und Pflege der öffentlichen Anlagen der öffentlichen Hand zu entreißen. Auf Thüringer Verhältnisse eingehend, legte er dar, daß diese noch immer nicht in wünschenswertem Maße sich gebessert haben. Größere Erfolge waren in der Lehrlingsfrage zu erzielen, was die neue sächsische Lehrlingsordnung zeigt. Als letzten Punkt behandelte er dann noch Privatgärtnereien.

Darauf ergriff Kollege Haucke das Wort zur Besprechung der Aufgaben des bevorstehenden Verbandstages, der die Vereinigung des Gärtner- und Gärtnereiarbeiter-Verbandes mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und dem Verkehrsbund bringen soll. Er wies dabei auf die Notwendigkeit der Rationalisierung der Verbände hin. Beispiele aus der Metall- und Textilindustrie heranziehend, und erläuterte die Bestimmungen der neuen Organisation. Da diese in der „D. A. G.-Z.“ schon des öfteren besprochen wurden, erübrigt sich wohl eine Wiedergabe der Ausführungen. An Hand statistischen Materials behandelte Haucke noch die Entwicklung der gärtnerischen Anlagen in öffentlicher Hand und ihr erheblich zu ihren Gunsten verändertes Verhältnis zu den Erwerbsbetrieben und Privatgärtnereien.

Eine Ansprache klärte dann noch verschiedene Fragen; auch wurden noch bestehende Mißstände aufgedeckt und verschiedenes anderes mehr.

Nach dem Abschluß der Tagung hielt ein geselliges Beisammensein die Teilnehmer noch im „Palmengarten“ bis zum Abgang der verschiedenen Züge zusammen. Allen Teilnehmern wird gewiß die in jeder Beziehung anregende Tagung in diesem schönen Tagungsort noch lange eine freudige Erinnerung bleiben.

Wilh. Fabel.

Die Junggärtner besinnen sich auf ihren Beruf.

Dem größten Teil unserer Mitgliedschaft, vor allem unseren älteren Kollegen, sind die Bestrebungen der gärtnerischen Arbeitgeber bekannt, ihrem Verbands einen größeren Wirkungskreis zu verschaffen, ihm damit auch zu größerem Einfluß zu verhelfen. Sie kennen die Bemühungen des ehemaligen „Verbandes deutscher Handelsgärtner“, die Obst- und Gemüsezüchter, den Bund der Baumschulenbesitzer und einige kleinere Vereinigungen sich anzugliedern. Zum Teil sind die seinerzeitigen Versuche gelungen, es kam zur Verschmelzung mit den Reichsverbänden der Obstzüchter und der Gemüsezüchter und zur Umwandlung des Handelsgärtnerverbandes in den heutigen „Reichsverband des deutschen Gartenbauers“. Die Baumschulenbesitzer haben allen Lockungen und Sirenenklängen widerstanden und die Selbständigkeit ihres Bundes sich bewahrt. Unserer Kollegen-

schaft ist auch bekannt, daß bei der Umbildung der früheren Handelsgärtner zu den jetzigen „Garten-Bauern“ noch andere Triebfedern mitgewirkt haben, doch diese steuerliche, arbeitsrechtliche und sozialpolitische Gebiete berührende Seite möge heute unerörtert bleiben. Die getroffenen Maßnahmen der gärtnerischen Unternehmer haben jedoch in rein organisatorischer Beziehung nicht die Erfolge gezeigt, die man sich versprochen hatte. Die große Masse der anfänglich die Vereinigung der Reichsverbände mitmachenden landwirtschaftlichen Obst- und Gemüsezüchter zog sich nach bösen Enttäuschungen bald wieder zurück, ging bestenfalls hinüber in die Organisationen der Landwirte. Im R. d. d. G. verblieb jedenfalls nur ein verhältnismäßig kleiner Teil Obst- und Gemüsezüchter, vorwiegend nur solche, die gelernte Gärtner sind. So enthält der größere Rahmen des R. d. d. G. doch eigentlich nur die Handelsgärtner, wie sie sich früher bezeichnet haben und es in größerem Maße als früher tatsächlich sind. Denn die inzwischen erfolgte größere Spezialisierung bedingt naturgemäß einen größeren Handel untereinander als ehemals. Die „Jungpflanzen“ — Gärtnereien zum Beispiel, sind Kinder der neueren Zeit.

Diese Entwicklung der Dinge beweist u. a. auch, daß ein „Beruf“ doch mehr ist als ein Begriff, den man beliebig wandeln kann, daß dem Beruf eine bestimmte Wesensart innewohnt, woraus weiter folgt, daß eine Berufsorganisation doch eine Form ist, die als eine natürliche anzusprechen ist, und die deshalb auch unbedingt als die gesündeste, festeste Grundlage sich immer wieder bewähren wird.

Womit nicht gesagt sein soll, daß die Organisationsform sich auf die Zusammenfassung immer nur eines Berufes beschränken soll. Wir haben genügend Beispiele unter den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die ihren Geltungsbereich weiter gezogen haben, die verwandte Berufe unter ein gemeinsames Dach gebracht haben. Aber wirklich erfolgreiche Arbeit haben nur die zu verzeichnen, die dabei die sicheren Grundlagen der beruflichen Verbundenheit für jeden Teil des Ganzen beibehalten.

Die Gärtnerei ist nun zweifellos ein Beruf, der Gartenbau ebenso zweifellos nicht. Der Begriff „Gartenbau“ ist ein Konglomerat, ein Gemisch, eine Zusammenfassung von Betätigungen, die gewiß manches Gemeinsame haben, zu denen die Gärtnerei mehr oder weniger bedeutende Beziehungen hat, der aber doch unmöglich als ein einheitlicher Beruf mit einheitlichen und gewissermaßen einseitigen Interessen aufgefaßt werden kann. Gewiß ist es an sich nicht falsch, die handelsgärtnerischen Betriebe, die Baumschulen, die Obstzüchter, schließlich auch die Gemüsebauern unter eine gemeinsame Dachorganisation zu bringen, denn die wirtschaftlichen Interessen laufen ein großes Stück Weges parallel, können zu gemeinsamer Vertretung und einigem Handeln zum Zwecke größeren Erfolges auch wohl zusammengefaßt werden.

Aber jede der als Beispiele herausgegriffenen Gruppen hat andererseits derart tiefgehende Sonderheiten und demzufolge auch Sonderinteressen, daß sich daraus die Notwendigkeit einer gewissen — beruflichen — Selbständigkeit ergibt.

Das hat man auch im Reichsverband erkannt, aber erst reichlich spät und hat dem nur sehr zögernd und sehr ungenügend Rechnung getragen. Den eingerichteten Abteilungen oder Fachgruppen für Blumen- und Pflanzenzüchter, Gartenausführende, Friedhofsgärtner, Obst- und Gemüsezüchter ist anscheinend nicht das genügende Maß von Selbständigkeit und Eigenleben gegeben, das läßt der Stillstand des R. d. d. G. als Organisation klar genug erkennen.

Immerhin ist also festzustellen, daß man bei der Organisation der selbständigen Existenzen im Reichsverband eine wesentliche Unterschiedlichkeit der einzelnen Berufe und Berufsarten anerkennt, man denkt nicht daran, sie etwa als „Kasten“ zu bezeichnen.

Nun sieht das Direktorium des Reichsverbandes aber auch seine besondere Aufgabe darin, nicht selbständige Personen, also Arbeitnehmer in die Organisation einzubeziehen. Aus gewissen Beweggründen heraus hat man für diese Bestrebungen den Begriff „Junggärtner“-Vereinigungen erfunden. Für diese will man nun aber nicht das gleiche anerkennen, sondern hier versucht man, den ganzen Geltungsbereich des Reichsverbandes als nur einen und einheitlichen Beruf hinzustellen. Diesem Zweck dient auch ein Leitartikel „Berufsstolz und Kastengeist“ in Heft 16 des Blattes „Der deutsche Junggärtner“, in dem es heißt:

„Der Jüngere soll bei der Beurteilung eines Berufes nicht vergessen, daß sich die Zeiten ständig wandeln, und daß es Naturgeschehen ist, daß sich das Alter um so schwerer einem schnellen Wandel anzupassen vermag, wenn er durch ungewöhnliche, große Ereignisse besonders stürmisch herbeigeführt wird. Um so mehr wird aber gerade der Jüngere, weil er der von Natur aus Anpassungsfähigere ist, darauf bedacht sein müssen, daß Umwälzungen, die das Mark des Berufes zu berühren drohen, nicht wie eine Sintflut über ihm hinweggehen, sondern rechtzeitig aufgefangen und in geregelte Bahnen geleitet

werden, selbst wenn hierbei Opfer zu bringen sind, und zwar auch solche, die scheinbar gegen die Berufsehre gehen. Es darf nicht übersehen werden, daß häufig genug solche Umwälzungen auch das scheinbar starre Gebilde eines Berufes zu beeinflussen, ihm ein neues (engeres oder erweitertes) Gepräge zu geben vermögen. Hier entsteht nicht selten die Gefahr, daß sich in den Reihen der Berufsangehörigen ein Kastengeist bildet, der die Fortentwicklung des Gesamtberufes schwer zu hemmen vermag.“

Es werden also ziemlich beschwerliche Windungen und Anstrengungen gemacht, um die „Umwälzungen, die das Mark des Berufes zu berühren drohen“, umzumünzen in „ge-regelte Bahnen“, und eine „Fortentwicklung des Gesamtberufes“, die, wie nun plötzlich entdeckt wird, ein sich bildender „Kastengeist“ schwer zu hemmen vermag“. Um diesem Kastengeist entgegenzuwirken, wird dann weiter ausgeführt:

„Der Gärtnerberuf steht heute nicht mehr so isoliert im Wirtschaftsleben, wie es früher war oder zu werden schien. Immer mehr verwischen sich die Grenzen zwischen Gärtnerei und Landwirtschaft (?), und das am stärksten auf der Seite des Gemüsebaues. Wirtschaftliche Gründe sind es daher gewesen, den Rahmen des Berufes weiterzuspannen und dem engeren Begriff „Gärtnerei“ den weiteren Begriff „Gartenbau“ gegenüberzustellen und in diesem sämtliche Betriebe zu umfassen, welche erwerbsmäßig irgendeinen Zweig des Gartenbaues betreiben.“

Hier wieder die übliche Art der Darstellung, als gehe die Entwicklung dahin, daß die gärtnerische Arbeit immer mehr landwirtschaftlichen Charakter annehme, obgleich sie gerade umgekehrt läuft. Tatsächlich geben bisherige Grenzgebiete des Gemüsebaues ihren feldmäßigen und darum oft als landwirtschaftlichen angenommenen Charakter auf, um nach gärtnerischer, intensiver und unter Glas betriebenen, also zweifellos gewerblichen Art ihre Betriebe umzustellen.

Es muß schon etwas reichlich gären unter den Junggärtnern, wenn man vom Direktorium des Reichsverbandes in dieser öffentlichen Art Beeinflussungsversuche als notwendig erachtet. Tatsächlich ist denn auch bereits von mehreren Junggärtnergruppen die Forderung gestellt worden, ihre Vereinigungen nur aus gelernten Gärtnern zusammenzusetzen. Und es ist den betreffenden Antragstellern zuzugestehen, daß sie die Logik auf ihrer Seite haben. Warum nennt man sie denn Junggärtner? Es ist ein durchaus natürliches und darum verständliches Empfinden, wenn die jungen Leute, die sich mit diesem Köder haben fangen lassen, sich sagen, daß diese Bezeichnung doch nur den einen Sinn haben kann, eben nur die Gärtner als besonderen Beruf zusammenzufassen, um so mehr, als man ihnen den besonderen Zweck dieser Sondervereinigung bisher nur mit der Notwendigkeit besonders guter gärtnerischer Berufsausbildung bezeichnet hat. Es wird so manchem Junggärtner, der bisher dieses „Evangelium“ geglaubt und die Sache ernst genommen hat, sehr schwer ankommen, das ihm als ein Ideal vorgestellte und vorgeschwebte nunmehr als „Kastengeist“ abgestempelt zu sehen. Und ihm werden Zweifel kommen an der Ehrlichkeit der ganzen sogenannten „Bewegung“.

Diesen Zeitpunkt haben wir von der freien Gewerkschaft erwartet, weil schließlich doch nicht allen den „Junggärtnern“ das Denken verloren gegangen sein kann. Und vom Nachdenken bis zum Erkennen ist hier in dieser Frage nur ein kleiner Schritt. Mit der Tatsache, daß trotz alledem der Reichsverband es nicht fertig bringt, den Begriff „Gärtnerei“ aus der Welt zu schaffen, er vielmehr gezwungen ist, den gärtnerischen Betrieben durch besondere Fachgruppen ein berufliches Eigenleben zu gewährleisten, wird trotz aller Verschleierrungsmanöver für jeden Denkenden der Beweis erbracht, daß die Gärtnerei ein Beruf für sich ist und als solcher sich weiter entwickelt, nicht hin zur Landwirtschaft, sondern immer weiter entfernt von der eigentlichen Urproduktion. Es sind nur unlaute Motive, die diese tatsächliche Entwicklung zu verschleiern und ihre eine andere Deutung geben wollen. Und es sind ebenso unlaute Motive, die zur Errichtung der „Junggärtner-Vereinigungen“ jetziger Art geführt haben, und es sind keine besseren Motive, aus denen jetzt das Besinnen der Junggärtner auf ihren eigentlichen Beruf zu verhindern gesucht wird.

Demgegenüber ist es unsere Aufgabe, dieses Besinnen weiter zu führen, so daß es mit der Erkenntnis endet: Arbeitnehmer der Gärtnerei gehören nicht in die Arbeitgeberorganisation, sondern in den „Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter“.

Berliner Jugend in Essen.

Eine Gruppe Berliner Lehrlinge brachte es unter Mitwirkung der Ortsverwaltung zustande, an dem Reichstreffen unseres Verbandes in Essen am 11. August sich zu beteiligen. Ein Teil-

nehmer dieser Gruppe schildert in nachfolgendem seine Eindrücke.

„Vorbei sind die Essener Tage, und gern denken wir, die wir daran teilnehmen konnten, an sie zurück. Immer wieder wurde unter uns das Bedauern über die kurze, uns zur Verfügung stehende Zeit laut, wenn die einkheimischen Kollegen uns von den Schönheiten ihrer Heimat erzählten, die wir natürlich auch gern kennen gelernt hätten. Schönheit im Ruhrgebiet? wird so mancher verwundert fragen. Ja, wir konnten uns wirklich nur schwer von der anmutigen Lieblichkeit des Ruhrtales, in das uns die Kollegen noch am Vortage unseres Reichstreffens führten, trennen. Von der ruß- und staubgeschwängerten Luft, den schmutzigen Straßen unserer Vorstellung haben wir nichts bemerkt und nichts gesehen. In der Stadt herrschte der gleiche rege Verkehr wie in jeder anderen Großstadt, neuzeitliche Büro- und Kaufhäuser beherrschen das Straßenbild. Mit einem Satz gesagt: wir waren von Essen nur angenehm „enttäuscht“ und verstehen jetzt den Stolz, mit dem die einkheimischen Kollegen von ihrer Stadt sprechen.“

Über die Kundgebungen ist bereits in unserer Zeitung ein ausführlicher Bericht erstattet. Ihn ergänzend möchten wir betonen, daß durch die unerwartet große Zahl der Teilnehmer wir so recht die Größe unseres Verbandes und die Verbundenheit der Verbandsmitglieder erkannten. Und wir freuten uns alle über den Beifall der ganzen Versammlung, den unsern Kollegin davontrug, als sie das „Gelöbnis der Freien Gewerkschafts-Jugend“ vortrug:

„Wir wollen, daß die arbeitende Jugend frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung, daß sie gleich werde allen andern Gliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel, unwandelbare und unverbindliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen.“

Ich möchte auch nicht verabsäumen, an dieser Stelle unserem Führer durch die Ausstellung nochmals den herzlichsten Dank auszusprechen für seine Mühewaltung, die es uns ermöglichte, in der verhältnismäßig kurzen Zeit alle Schönheiten und Werte der Ausstellung zu sehen und zu erfassen. Über die Ausstellung ist ja schon viel geschrieben worden, und auch wir möchten es bestätigen: Der Gesamteindruck der „Gruga“ ist schön, und die Stadt Essen ist um diese Anlagen, die als öffentliche erhalten bleiben, zu beneiden.

Noch in der Nacht mußten wir das gastliche Essen verlassen, war doch noch ein kurzer Besuch in Hannover vorgesehen. Bei unserem kleinen Rundgang durch den alten Teil dieser Stadt fielen uns die bunten, wunderbar wirkenden Fachwerkhäuser auf. Eine Besichtigung des Herrenhausener Parkes schloß sich an. Da infolge besonderer Verhältnisse dessen Anlagen nicht sonderlich gepflegt werden können, so machten diese auf uns nicht den erwarteten Eindruck. Auch der französische Gartenstil konnte bei keinem von uns Begeisterung erwecken. Durch die geraden Wege und scharfgeschnittenen Einfassungen kommt etwas Steifes und Gezwungenes in die Anlage hinein. Schön ist die von Hannover nach Herrenhausen führende Lindenallee, und auch wir möchten noch heute dem Bäckermeister danken, der sein Vermögen zur Erhaltung der Allee opferte, als damals Napoleon ihre Vernichtung forderte. Auch in Hannover konnten wir nicht lange verweilen, denn die Pflicht rief uns zurück nach Berlin.

Körperlich müde, doch reich an neugewonnenen Eindrücken in unsere Heimat zurückgekehrt, wird gern sich jeder Teilnehmer dieser, unserer ersten großen Fahrt erinnern. Unseren Dank dafür, daß uns diese Fahrt ermöglicht wurde, werden wir dem Verband durch vermehrte Mitarbeit und Werbung abgeben. Gilt es aber wieder einmal eine Reise anzutreten zu einer Kundgebung unseres Verbandes in einem anderen Gau, so werden wir wieder dabei sein. Und sicher wird dann die Zahl der Teilnehmer größer sein. Wir wollen bedenken, je größer die Gruppe ist, um so mehr legt sie Zeugnis ab von der Größe und Tatkraft der Organisation.“

t—n.

Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes.

Anläßlich der Essener Ausstellung und des vom Reichsverbande des deutschen Gartenbaues veranstalteten „Gartenbautages“ fand auch eine Sitzung des „Hauptausschusses“ des beschlußfassenden Organs des Reichsverbandes statt. Die Tätigkeit des gewiß oft genug erwünschten „Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter“ zwingt diese Körperschaft, sich in steigendem Maße mit sozial- und politischen, arbeits- und tarifrechtlichen Fragen zu beschäftigen und bestimmte Beschlüsse zu fassen. So erfolgte endlich die offizielle Stellungnahme des R. d. d. G. zum Berufsausbildungsgesetz.

Dr. Ebert berichtete, daß sich der Reichsverband bisher entschieden dagegen gewehrt habe, die Regelung der gärtnerischen Berufsausbildung getrennt von der land-

wirtschaftlichen Berufsausbildung durch das allgemeine Berufsausbildungsgesetz vorzunehmen. Eine Aufnahme des Gartenbaues in das Berufsausbildungsgesetz sei nur dann tragbar, wenn auch die Landwirtschaft mit erfaßt würde. Andererseits sei der Reichsverband daran interessiert, daß baldmöglichst die Ausbildungsfrage eine gesetzliche Regelung erhalte. Er habe daher dahin gewirkt, daß „möglichst bald“ ein landwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz geschaffen würde, in dessen Rahmen der „Gartenbau eine Sonderbehandlung“ erfahren müsse wie das Handwerk beim Berufsausbildungsgesetz. Die darauf hingehenden Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Organisationen hätten eine Klärung insofern gebracht, als ein besonderes Berufsausbildungsgesetz für die Landwirtschaft nur dann zu erreichen sein würde, wenn es „erheblich weiterginge“ als das allgemeine Gesetz über die Berufsausbildung.

Das „Weitergehende“ der landwirtschaftlichen Sonderbehandlung sieht man anscheinend darin, daß schon das Gesetz Durchführungsbestimmungen über die Anerkennung der Lehrbetriebe, die Prüfungen usw. enthalten soll, deren Festsetzung im allgemeinen Gesetz den paritätischen Ausschüssen vorbehalten sind. Wir hegen aber starke Zweifel, daß die Festlegung solcher Bestimmungen im Gesetz selbst als „weitergehende“ Vorzüge zu werten sind.

Zum Entwurf eines Preußischen Landwirtschaftskammergesetzes wurden die erhobenen Forderungen des Präsidiums gebilligt, daß der Gartenbau in den Organen der Kammer vertreten, den Gartenbauausschüssen eine weitgehende Selbständigkeit, soweit es sich um reine Berufsfragen handelt, zugestanden, und daß auch die Etatfrage für die Gartenbauausschüsse einheitlich geregelt werden müsse. (Diesen Forderungen haben sich die Vertreter unseres Verbandes angeschlossen, aber darüber hinaus unsere besonderen grundsätzlichen Arbeitnehmerforderungen erhoben.)

In dem Bericht über die Sitzung des Hauptausschusses heißt es ferner:

„Nach einem ausführlichen Bericht Siegmunds über die Entwicklung sozialpolitischer Fragen im Frühjahr des Jahres wurde in der einsetzenden Aussprache übereinstimmend die

Notwendigkeit des Abschlusses von Tarifverträgen

zum Ausdruck gebracht und eine entsprechende Entschliebung den Landesverbänden und Bezirksgruppen zur Beachtung empfohlen. Die Zusammenfassung der bestehenden Arbeitgebervereinigungen zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft wurde beschlossen.“

Das Fünfte.

„Ich glaube wirklich, er sieht meinem Karl ähnlich“, sagte Marta Berger und beugte sich über das winzige Bündel in dem grün gestrichenen Kinderwagen, aus dem zwei rundlich-mollige Ärmchen sich ihr entgegenstreckten.

„Mir wär's schon recht, wenn er nach deinen Kindern schlüge“, erwiderte die junge Mutter. „Nimm ihn nur raus!“ fährt sie fort, als sie die zappelnden Bewegungen sieht, mit denen der Junge sich bemüht, aus seiner horizontalen Lage herauszukommen.

Das Kleine hüpfte, jauchzte und kräht auf Marthas Arm, die singend mit kleinen wiegenden Bewegungen durch die Stube tänzelt.

Else blickte lächelnd von ihrer Arbeit auf: „Möchtest wohl auch noch mal so was Kleines haben!“

„Nee, nee! Viere sind reichlich genug! Mehr dürfens nicht werden! Den Storch haben wir bei uns abbestellt!“

„Als ob der danach fragt, ob er als gern gesehener oder als ungebetener Gast kommt!“

„Na, der Franz paßt schon auf!“

Die andere verzieht schnippisch Gesicht und Schultern, als wollte sie sagen, daß auf die Männer wenig Verlaß sei.

Schon auf der Treppe hört sie das Lärmen und Toben der Kinder. Man gut, daß die Bewohner des unteren Stockwerks nicht zu Hause sind, denkt sie. Als sie in die Stube tritt, verdoppelt sich das Geschrei. Jubelnd drängen sich die Kinder um die Mutter. Lachend wehrt Martha den Ansturm ab, dann ergreift sie mit fester Hand die Mägel: rasch sind die beiden Kleineren ins Bett gebracht, während die beiden Großen inzwischen ihr Abendbrot verzehren.

Martha streckt sich wohligh und müde in ihrem Bett. Einen Augenblick lauscht sie auf die ruhigen, regelmäßigen Atemzüge der Kinder in der Kammer. — Ob Franz wohl bald kommen wird? Sie schließt die Augen. In ihrem Ohr klingt noch das Lachen des Kleinen, den sie am Nachmittag auf den Armen getragen. — Mit einem Lächeln auf den Lippen schläft sie ein.

„Ist die Tür denn verhext!“ Zum sechstenmal beugt er sich nieder, um das Schlüsselloch zu suchen. „Endlich! Ich glaube gar, ich habe einen Schwips! — Hick! — Ist mir lange nicht

Dieser Bericht ist reichlich rosig gefärbt. Daß es mit der „Übereinstimmung über die Notwendigkeit“ des Abschlusses von Tarifverträgen sehr windig bestellt ist, beweisen die wiederholten Widerstände, die noch immer inszeniert werden. Das Tollste leistet in dieser Beziehung der Arbeitgeberverband für Westfalen, der gegen die Allgemeinverbindlichkeit eines von ihm abgeschlossenen Vertrages selbst Einspruch erhebt.

Auch folgender vom Landesverband Rheinland gestellter Antrag erregt unser Interesse: „Der Reichsverband möge auf die Gartenbau- und Friedhofsberufsgenossenschaft einwirken, daß sie in eine Prüfung ihrer Beitragspolitik eintrete, die in ständig zunehmendem Maße eine „ungerechtfertigte Belastung“ des Berufes darstellt.“

Dieser Antrag zielt zweifellos dahin, nach „berühmten“ Muster einen

Abbau der Leistungen der Unfallgenossenschaft

herbeizuführen. Unsere Vertreter bei der Berufsgenossenschaft werden also auf dem Posten sein müssen. Daß der Antrag als eine faule Sache selbst von den Arbeitgebern angesehen wurde, beweist die Art seiner Erledigung. Er wurde nämlich dem Präsidium überwiesen mit der Maßgabe, ihn in einer der nächsten Sitzungen des Präsidiums unter Hinzuziehung eines Vertreters des Landesverbandes Rheinland zu behandeln.

Auch folgende Entschliebung des Hauptausschusses ist sehr beachtenswert und schließlich auch für unsere Kollegenschaft in gewissem Sinne beherzigenswert:

„Im Hinblick auf die politische Lage des deutschen Volkes und auf die bevorstehenden Kommunalwahlen erachtet der Hauptausschuß des Reichsverbandes es als seine Pflicht, mit besonderem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die erfolgreiche Vertretung berufsständischer Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, der Länder und der Kommunen die parteipolitische Betätigung des einzelnen Berufsstandsangehörigen dringend notwendig macht. In welcher Partei sie sich betätigen, soll den Mitgliedern des Reichsverbandes nach ihrer Weltanschauung und politischen Anschauung überlassen bleiben. Den Bezirksgruppen wird empfohlen, sich keinesfalls „berufsfremden“ wirtschaftspolitischen Organisationen anzuschließen.“

Auf welche „nicht berufsfremden“ Organisationen der letzte Satz hinzielt, ist freilich nach der ganzen Politik des Präsidiums des R. d. d. G. für niemanden, der sie einigermaßen verfolgt, zweifelhaft.

passiert!“ Krachend schlägt die Haustür ins Schloß. „Ein famoser Kerl, der Richard! — Hick! — Na, ich werde mich auch nicht lumpen lassen! Werde mich an meinem Geburtstag schon revanchieren!“

Schwerfällig, sich an das Geländer anklammernd, steigt er langsam die Treppe hinauf. Ihm ist so wohl. Am liebsten würde er laut singen. Rechtzeitig besinnt er sich aber darauf, daß ja nachtschlafene Zeit ist.

Nach Überwindung von allerlei Schwierigkeiten erreicht er glücklich die Schlafkammer. Nach etlichen Versuchen gelingt es ihm auch, Licht zu machen. Von dem Poltern und dem Lichtschein geweckt, blinzelt Martha schläfrig.

„n bißchen spät geworden!“ sagt Franz gutmütig, halb als Gruß, halb als Entschuldigung. Als Martha den Zustand ihres Mannes erkennt, hilft sie ihm beim Auskleiden. Zärtlich drückt er ihr einen Kuß auf den vollen Nacken. Ihre weichen Bewegungen und der Duft ihres warmen, blühenden Körpers erregen sein durch den Trunk erhitztes Blut.

Ihre Abwehr steigert seine Erregung. Schließlich geht es, wie es immer geht, sie willigt ein, um die Kinder nebenan nicht zu wecken; sein Zustand läßt ihn alle sonst geübte Vorsicht vergessen.

Seit jener Stunde liegt es wie ein Schleier über dem Glück der Bergerschen Familie. Schon in den Monaten, in denen Martha das Kind trägt. Wie hat sie sich sonst auf das Kommen des Kindes gefreut! Wie hat sie sonst in sich hineingelauscht, auf die ersten Regungen und Bewegungen, die sie in ihrem Körper spürte. Mit welchem Stolz hat sie sonst ihre Mutterschaft getragen! — Jetzt ist das alles so anders. Kommt es, weil sie sich auf das Kind nicht freuen kann? Noch nie hat sie die Schmerzen und Beschwerneisse der Mutterschaft so stark und drückend empfunden.

Franz nimmt die Sache leichter. Höchstens überkommt ihn ein leises Unbehagen, wenn er an die Mehrausgaben denkt, die durch den Familienzuwachs entstehen werden. Oder wenn er die Blicke seiner Frau mit stillem Vorwurf auf sich ruhen fühlt.

Auch die Geburt ist schwerer und schmerzvoller als die früheren, der Blutverlust stärker, und der Damm ist gerissen, was sonst nie vorgekommen ist.

Landestarif und Arbeitgeber.

Zwei Worte, die wohl niemals harmonisch klingen, am wenigsten im schönen Sachsenlande mit seinen unzähligen Gärtnereien und vor allem nicht in den Dresdener Betrieben. So mancher Kollege, der freudig und guter Dinge nach dem schönen Elbflorenz gezogen kam, hat es am eigenen Leibe schon erfahren müssen. Wenn es ihm noch nirgends schlecht erging, hier lernt er bestimmt seinen Beruf von der Kehrseite gründlich kennen. Die meisten Kollegen nehmen an, daß in Dresden einigermaßen Ordnung herrschen sollte, da hier Tarife schon seit Jahren abgeschlossen wurden. Doch weit gefehlt. Nirgends tritt die Tarifeindschaft offener zutage, als gerade bei den am Tarifschluß aktiv beteiligten Firmen. Sie fühlen sich noch immer als „Herren im Hause“ und schinden ihr Personal nach allen Regeln der Kunst. Einige Beispiele aus den bekanntesten Großfirmen:

Heinrich Seidel, Dresden-Laubegast. Arbeitszeit 10 Stunden. Dabei ein Sparen an Personal, wo nur irgend möglich. Mangel an Arbeitskräften kann auf keinen Fall die Ursache sein, denn gegenwärtig gehen z. B. in Dresden 120 Gärtner „stempeln“. Der Haken hängt wo anders. Der Herr Seidel jun. spielt als Stahlhelmhauptmann eine führende Rolle und braucht dazu viel Geld; darum muß an den Arbeitskräften gespart werden. Auch für die nächste Pflanzensendung nach Doorn zum fahnenflüchtigen Wilhelm muß doch wieder vorgesorgt werden. Diese Sendungen gehen gratis und franko auf Kosten der Firma Seidel. Es scheint bei der Firma so mode zu sein, daß feige, gewissenlose Vaterlandshelden noch reichlich beschenkt werden, anstatt ihren wohlverdienten Lohn zu erhalten. Während nach den „Kriegsartikeln“ Fahnenflucht mit dem Tode zu bestrafen ist, beschenkt diese Firma feiges Ausreißen und quetscht zu Geschenken an den reichsten Deutschen das Gärtnerproletariat aus. Vielleicht rechnet Herr Seidel jun. noch immer damit, daß „ER“ doch noch einmal eine Stahlhelmparade im Seidelschen Betrieb abnimmt und als Anerkennung der Titel „Oberhofgartenbauer“ und ein Hosenbandorden „verliehen“ werden könnten?

Dicht daneben Max Ziegenbalg, Großbetrieb und Weltfirma; über 100 beschäftigte Arbeitskräfte. In politischer Einstellung so ziemlich das Gegenteil zum Nachbar. Die Kulturen in musterhafter Ordnung. So mancher junge Gehilfe könnte hier noch etwas lernen, wenn — ja wenn nicht eine Arbeitszeit von 10 Stunden und ein raffiniertes Kontroll- und Antriebesystem da wären. Auf dessen weiteren Ausbau ist der jetzige Inhaber des Betriebes ruhelos bei Tag und Nacht bedacht und hat anscheinend den Ehrgeiz, daß sein Name deswegen

„Der Kopf des Kindes ist so dick!“ sagt die Hebamme halb zur Erklärung, halb zur Entschuldigung. Sonst nichts. Sie zeigt auch das Kind nicht der Mutter, die matt und erschöpft daliegt.

Das Kind ist ihnen ein Rätsel. Es liegt den ganzen Tag still und teilnahmslos da. Man kann sich eigentlich nicht beklagen: es weint und schreit nie! Und wie hatten die andern sich bemerkbar gemacht, wenn sie hungrig oder schmutzig waren oder über sonst etwas ihrer Unzufriedenheit laut und vernehmlich Ausdruck gaben! Die unnatürliche Ruhe des Kindes hat etwas Niederdrückendes.

Wie ging Martha sonst das Herz auf bei dem Recken und Strecken, bei dem lustigen Strampeln und Zappeln der kleinen rosigen Glieder! Bei den ersten Anzeichen einer Verstandestätigkeit! Und ach! erst bei den ersten Versuchen zu — lächeln! Aber das Kleine strampelt und zappelt nicht. Es weint nicht und es lächelt auch nicht! Es zeigt überhaupt keine Gefühlsäußerungen.

Und Martha ist es, als ob langsam etwas in ihr verdorrt.

Nur mit Scheu kann Franz, dieser kraftvolle, gesunde, lebensstrotzende Mensch, auf sein jüngstes Kind blicken. Es liegt wie eine Schuld auf ihm, und er ist sich doch keiner Schuld bewußt!

Schließlich geht er mit dem Kleinen zum Arzt. Dessen Gesicht wird bei der Untersuchung immer ernster.

„Es will nicht laufen und nicht sprechen!“ sagt Franz. „Und es hat auch einen so großen Kopf — — wohl einen . . .“

„Einen Wasserkopf“, ergänzt der Arzt trocken. „Das Kind ist schwachsinnig und völlig bildungsunfähig!“

„Aber ich verstehe das nicht, Herr Doktor! Meine Frau und ich, wir sind beide ganz gesund. Wir haben vor diesem schon vier gesunde, prächtige Kinder! Ich verstehe nicht, wie wir zu diesem Kinde kommen!“

„Trinken Sie?“ fragt der Arzt.

„Selten und wenig.“ Aber dann springt ihn die Erkenntnis an — die Erinnerung an jenen einen Abend. Vordem war er immer vorsichtig gewesen, auch nachher hatte er sich stets in acht genommen. Nur an jenem einen Abend nicht, als er betrunken war! An jenem Abend mußte das Kind gezeugt worden sein!

noch einmal Weltrauf erlangt. Nun, wir wollen gern dazu mit-helfen, indem wir dieses Ausbeutungssystem an-prangern.

So und ähnlich liegen die Dinge in fast allen Dresdner Betrieben. Sie alle aufzuzählen, würde zu weit führen. Eine Cossebauder Baumschule mag noch erwähnt sein wegen der geübten Vorsicht. Da wird nämlich das Stahlhelmbzeichen nicht auf, sondern nur unter der Jacke auf der Weste getragen. Im übrigen versucht auch hier die Betriebsleitung alles, um die organisierten Kollegen zu schikanieren. Verläßt ein Gärtner-gehilfe die Großbetriebe und verläuft sich zu einem kleinen Krauter, so kann er getrost Abschied vom Leben nehmen, denn als Mensch wird er dort nicht mehr behandelt. Am tollsten treiben es die Dresdener Gemüsebauern. Arbeitszeiten von 12—14 Stunden jeden Tag, einschließlich Sonntags, sind ortsüblich. Dabei „Gehälter“ von 30—70 Rm. monatlich bei „freier“ Kost. Das alles trotz des für Sachsen bestehenden allgemeinverbindlichen Landestarifes. Ein ernster Wille, sich an den Tarif zu halten, ist tatsächlich nur bei einem ganz geringen Teil vernünftig denkender Arbeitgeber vorhanden. Die anderen Garten-Bauern sollen aber nicht etwa denken, daß wir Tarife abschließen, nur damit etwas auf dem Papier steht. Zum Glück werden doch die Gärtnergehilfen in Dresden und Sachsen immer munterer und wehren sich ihrer Haut. Immer mehr und mehr finden sie den Weg zur zuständigen Berufsorganisation. Es nützen den Garten-Bauern keine noch so großen Anstrengungen wie Gründung von Ober-gärtner- und Junggärtnergruppen und anderes mehr. So halten die kleineren Betriebe wohl am Tage ihre Hoffore verschlossen, der Herr Chef arbeitet immer in nächster Nähe mit, um ja sofort dabei zu sein, wenn so ein „Roter“ kommen sollte. Ja, die Herren scheuen sich nicht einmal, den Hofhund auf die Kollegen zu hetzen. Machen sie es uns auch schwer, an die noch abseits stehenden Kollegen heranzukommen, so geht es doch rüstig vorwärts. Immer mehr Firmen machen Bekanntheit mit dem Arbeitsgericht; ausgeklagte Lohn-gelderrückstände bis zu 200 Rm. durch das Dresdener Verbandsbüro sind schon fast tägliche Erscheinungen. Und so mancher der Herren Garten-Bauern, der heute erklärte: „Mit dem kleinlichen Gärtnerverband rebe ich mich gar nicht erst ab“, war morgen bereit, um die Klage zu vermeiden, die geforderten Lohnreste zu bezahlen. Das ist für den „kleinlichen Verband“ eine nicht mehr ganz kleine Anerkennung.

So soll und muß doch endlich einmal Ordnung in den Sächsischen und Dresdener Betrieben werden. Wir Gehilfen selbst müssen zeigen, wie

„Aber das ist doch gar nicht möglich!“ — stockend erzählt er es dem Arzt — „es ist doch nicht möglich, daß das Kind davon so geworden ist?“

„Es ist nicht nur möglich, der Fall ist leider gar nicht so selten.“

„Und ist denn keine Aussicht auf Besserung?“

„Ich fürchte, nein. Ich kann Ihnen jedenfalls nur wenig Hoff-nung machen . . .“

Müde und schwerfällig geht Franz Berger hinaus. Als trüge er eine schwere, schwere Last. Und er trägt doch nur den leichten Körper seines Kindes und die Erinnerung an eine lustige Nacht.
Kurt Heilbut.

Künstler und Arbeiterschaft.

„Die Kunst der Vergangenheit war eine Angelegenheit für wenige Menschen, die über Macht, Besitz und Geld verfügten. Die Gegenwart sollte in einer Zeit, wo die proletarischen Massen und Verbände mehr und mehr die bestimmende Kraft im Lebens-getriebe werden, auch in enger Verbindung mit diesen stehen. Künstler und Arbeiterschaft darf keine Gegenüberstellung, keine Zweifelt, sondern soll eine Einheit: das schaffende Volk sein, einig in seinem Kampf für eine bessere und schönere Zu-kunft.“

So lautet der Anfang eines Aufrufes, in welchem die be-deutendsten Künstler unserer Zeit sich an die Arbeiterschaft wen-den und diese auffordern, ihrer Kunstgemeinschaft beizutreten. (Beitrittserklärung siehe letzte Seite.) Den in dem Aufruf ausge-drückten Entschluß der Künstler, ihren Platz in den Reihen des kämpfenden Proletariats einzunehmen, begrüßen wir herzlichst. Die erste Probenummer der herausgegebenen Zeitschrift ist so-wohl an Inhalt als auch Ausführung der Reproduktionen aus-gezeichnet. Von den vielen Vorteilen der Mitgliedschaft ist die Verteilung einer Jahresgabe in Form einer Original-Lithographie, welche von den Künstlern eigenhändig signiert ist, sehr wichtig. Hier wird die Gelegenheit geboten, durch einen leicht erschw-igen Monatsbeitrag (60 Rpf.) neben einer Monatskunstzeitschrift und freiem Zutritt zu Ausstellungen und Vorlesungen, jedes Jahr einen künstlerisch hochwertigen Wandschmuck zu erstehen. Die Künstler machen sich in diesem Punkt ihres Programms daran, den Kampf gegen den (meist auch noch sehr teuren) Kitsch oder schlechte Reproduktionen energisch aufzunehmen. S.

man die Sache am richtigen Ende anpackt. Dazu muß allerdings jede Kollegin und jeder Kollege bereit sein, unseren Verbände die noch Unorganisierten zuzuführen. Bringt also die Kollegen mit in unsere Versammlungen und klärt sie zwischendurch selbst über Zweck und Ziel der Organisation auf. Gar bald werden dann die Früchte unserer Arbeit reifen, uns zum Vorteil, meinestwegen unseren Garten-Bauern zum Verdruß. Wenn jeder mithilft, werden auch wir Gärtner den Arbeitnehmern anderer Berufe und einem freien Menschentum näher kommen. Tue daher jeder sein Möglichstes, damit die geschilderten Zustände, die gewiß nicht der Berufsehre eines Gärtners anzurechnen sind, baldigst von der Bildfläche verschwinden. Unser Wahlspruch sei: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“.

Paul Spörke.

Die Neuregelung der Reparationen.

Eine eingehende Erörterung der in den Reparationen liegenden Probleme kann nicht Sache unserer Verbandszeitung sein, doch sei versucht, in möglichster Kürze wenigstens einen Überblick über die bedeutenden Veränderungen des vereinbarten Planes zu geben, nach dem künftig die Reparationen, das sind die finanziellen Verpflichtungen des Deutschen Reiches an die Siegerstaaten, erfolgen sollen. Bisher waren diese im „Dawes-Plan“ niedergelegt, dessen Erfüllung sich aber je länger, je mehr auch für manche Gläubigerstaaten als untragbar herausstellte. Auf deren Vorschlag wurde ein internationaler Sachverständigenausschuß eingesetzt, der zweckmäßigere Vorschläge machen sollte. Dieser Ausschuß wählte als Vorsitzenden den amerikanischen Delegierten Young, nach dem nun das Gutachten dieser Sachverständigen als „Young-Plan“ seine Bezeichnung erhalten hat.

Eine letzte Entscheidung konnte die Verständigung der Sachverständigen, obwohl sie mit ihren Regierungen stets im Kontakt standen, natürlich nicht sein, und so war es denn einer Konferenz von Vertretern der beteiligten Mächte erst noch vorbehalten, die Entscheidung zu fällen. Diese Konferenz hat nun in Haag getagt. Sie erhielt ihr besonderes Gepräge noch dadurch, daß der neue englische Finanzminister, der Arbeiterpartei Snowden, mit großer Energie die Wiedergutmachung einer zu Gunsten Frankreichs und Italiens erfolgten starken Benachteiligung Englands forderte und rücksichtslos durchzusetzen suchte. War infolgedessen die Konferenz auch des öfteren stark gefährdet, so erfolgte denn doch eine Verständigung, bei der Snowden starke Erfolge davontrug, zu denen zu einem, allerdings verhältnismäßig nicht erheblichen Teil auch Deutschland mit Zugeständnissen beisteuern mußte. Diese bestehen hauptsächlich aus einem Beitrag von 30 Millionen zu den Besatzungskosten nach dem 1. September 1929 und in dem Verzicht auf Ersatz aller Schäden aus der Rheinlandbesetzung. Dafür aber ist die bestimmte Zusicherung endlicher und baldigster Räumung der noch besetzten Gebiete erreicht worden, vornehmlich durch das energische Einsetzen des englischen Außenministers Henderson, ebenfalls ein Führer der britischen Arbeiterpartei.

Nicht um in die Auseinandersetzungen der politischen Parteien in Deutschland und ihrer Presse über die Ablehnung oder Annahme der Haager Beschlüsse und des Young-Planes hinein zu reden, werden wir Gewerkschaftler nun auch uns mit den Dingen zu beschäftigen haben, sondern um uns darüber klar zu werden, welche Folgerungen aus den veränderten Reparationsverpflichtungen sich für die deutsche Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Beziehung und damit für ihre wirtschaftliche Organisationen, die Gewerkschaften, ergeben.

In politischer Beziehung ist die Situation bereits ziemlich klar zu übersehen. Der Reichstag wird dem Young-Plan und den Beschlüssen der Haager Konferenz zustimmen, denn den Argumenten der Opposition dagegen mangelt es an sachlicher Durchschlagskraft.

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan und Young-Plan.

Die Zahlungsdauer war im Dawes-Plan nicht geregelt worden. Der Young-Plan teilt sie in zwei Abschnitte. Bis 1965 soll Deutschland neben dem Ersatz der Verpflichtungen seiner Gläubiger an die Vereinigten Staaten von Amerika auch die eigentlichen Reparationszahlungen leisten. Von 1966 bis 1988 soll es nur für die Schulden an Amerika aufkommen.

Die jährliche Höhe der Zahlungen war im Dawes-Plan vom ersten Normaljahr an auf mindestens 2500 Millionen Rm. (einschließlich Zinsendienst der Dawes-Anleihe) festgesetzt. Dazu trat ein veränderlicher Zuschlag, der jährlich auf Grund eines Wohlstandsindex errechnet wurde. Im Young-Plan steigen die Zahlungen (ohne den Zinsendienst der Dawes-Anleihe, der von rund 90 auf rund 70 Mill. Rm. im Endjahr 1948 sinkt) im ersten Abschnitt allmählich von rund 1700 Millionen Rm. auf rund 2400 Mill.; im zweiten Abschnitt betragen sie ungefähr 1600 Mill. Rm.

Die Aufbringung der Leistungen war im Dawes-Plan verteilt: auf die Reichsbahn, die ihre an die Gläubiger überlieferten 11 Milliarden Schuldverschreibungen mit jährlich 660 Mill. Rm. zu verzinsen und zu tilgen und aus der Beförderungssteuer 290 Mill. alljährlich abzuliefern hatte; auf die Industrie, die für die Verzinsung und Tilgung der Industriobligationen 300 Mill. im Jahre aufzubringen hatte; und auf den Reichshaushalt, der den Rest beisteuern und dafür einige Zölle und Verbrauchsabgaben verpfänden mußte. Der Young-Plan sieht eine Sonderbelastung nur für die Reichsbahn in Höhe von 660 Mill. Rm. vor, wobei die Art der Aufbringung nicht näher umschrieben ist; die übrigen Beträge entfallen auf das Reich, dessen Zollpfand beweglicher gestaltet wird.

Die Übertragung (Transfer) der aufgebrauchten Reichsmarkbeiträge in Devisen und Sachlieferungen besorgte nach dem Dawes-Plan das Reparationskomitee. Es entschied auch über einen vorgesehenen „Transferschutz“ bei Gefährdung der deutschen Währung und Wirtschaft. Nach dem Young-Plan tritt an Stelle des Reparationskomitees die deutsche Regierung selbst, und ist der Transferschutz für durchschnittlich 654 Mill. Rm. jährlich aufgehoben. Für den übrigen Teil kann aber Deutschland jederzeit den Transfer einstellen — allerdings für höchstens zwei Jahre.

Die Sachlieferungen, die nach dem Dawes-Plan als Ausweg aus Transferschwierigkeiten möglich waren, sollen nach dem Young-Plan im Laufe von zehn Jahren abgebaut werden.

Die Revision war nach dem Dawes-Plan nur den Gläubigern möglich. Nach dem Young-Plan kann sie von Deutschland beantragt werden. Ein Schuldennachlaß seitens des amerikanischen Gläubigers fällt Deutschland nach einem bereits vereinbarten Schlüssel automatisch zu.

Der Dawes-Plan war auf dem Prinzip der Kontrolle seitens der Gläubigerstaaten aufgebaut. Der Young-Plan sieht keine Überwachungsinstanzen mehr vor.

Die hauptsächlichsten Vorteile der Neuregelung sind also für die Gläubiger: Abbau der Sachlieferungen, Möglichkeit der Kommerzialisierung, Verantwortung Deutschlands für den Transfer, nur zweijähriges Moratorium. Demgegenüber gewinnt Deutschland: Erhebliche Herabsetzung der Jahresleistungen, starke Staffelung, besonders in den ersten Jahren, Fortfall des Wohlstandsindex, Fortfall der Kontrollinstanzen, Möglichkeit der Annullierung eines Moratoriums und Antrags auf Revision. Die Aussichten auf erfolgreiche Möglichkeiten einer Revision wachsen erfahrungsgemäß mit der Dauer des Vertrages. Die Erleichterungen, die der Young-Plan Deutschland bringt, sind also doch ziemlich erhebliche, sie werden auf ein Fünftel bis ein Viertel der Lasten des Dawes-Planes geschätzt.

Die Reparationsbank.

Der Young-Plan spricht fast auf jeder Seite von einer „Bank für internationale Zahlungen“, die zur Durchführung dieses Planes errichtet werden soll. Deren Aufgaben sollen sein:

Sie nimmt von Deutschland die jährlichen Zahlungen entgegen und verteilt sie an unsere Kriegsgläubiger.

Bei eintretenden Schwierigkeiten von nur vorübergehender Natur soll die Bank Deutschland die fälligen Zahlungen stunden und aus ihren Reserven die Ansprüche der Gläubiger befriedigen. Weiter kann und soll sie Sachlieferungen vermitteln und verrechnen.

Bei einem Aufschub der Transferierung hat die Reparationsbank im Einvernehmen mit der deutschen Reichsbank für eine Anlage der Gelder in Deutschland Sorge zu tragen.

Die Reparationsbank soll weiterhin während der ersten 37 Jahre ihres Bestehens aus ihren Gewinnen Reserven ansammeln, die nach Ablauf des 37. Reparationsjahres zur Abdeckung der deutschen Schuld mit herangezogen werden sollen.

Da eine reibungslose Abwicklung der Verpflichtungen dann am ersten gewährleistet ist, wenn Deutschland die aufzubringenden Summen durch Ausführüberschüsse abdecken kann, soll die Bank in diesem Sinne Kreditpolitik treiben. Hierbei ist besonders an die Finanzierung von Unternehmungen in unentwickelten Ländern gedacht.

Ferner soll die Bank als internationale Goldverrechnungsstelle fungieren, wodurch den einzelnen Ländern Kosten und Risiken erspart bleiben.

An der Leitung dieser internationalen Bank wird Deutschland gleichberechtigt beteiligt sein. Es läßt sich heute nur erst vorausahnen, welche Bedeutung diese Weltbank über den ihr bei ihrer Gründung gestellten Aufgabenkreis hinaus noch erhalten wird. Es darf jedenfalls wohl von ihr eine für Deutschland günstige Auswirkung erwartet werden. Es ist aus diesen und anderen Gründen zu begrüßen, wenn die deutschen freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände die Forderung einer entsprechenden Vertretung der internationalen Arbeitnehmerschaft in dieser internationalen Bank bereits erhoben haben.

Staats- und Gemeindegärtnerereien

Schwarze Falschmünzerei!

Durch die Presse der bayerischen Volkspartei läuft ein Artikel, der sich mit der Lage der Arbeiterschaft in den bayerischen Staatsgärten beschäftigt; nicht geschrieben, um dieser Arbeiterschaft zu helfen, sondern um dem „roten“ Gärtnerverband eins auszuwaschen und Propaganda für den schwarzen Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen zu machen.

Es wird zunächst ganz richtig gesagt, daß für die Staatsgärtnerarbeiter ein Sondertarif besteht, der wesentlich ungünstiger ist als der Tarifvertrag für die Arbeiter bei der bayerischen Staatsverwaltung, um dann dreist und — wie sich das für einen „frummen“ Mann so gehört — gottesfürchtig zu behaupten, daß an diesem Zustande nicht

„der Arbeitgeber — der Bayerische Staat — schuld ist, sondern der rote Gärtnerverband, in dem diese Arbeiter während der Revolution unter dem Druck der Verhältnisse sich sozialistisch organisieren lassen mußten, in den sie hineingetrieben wurden, um lediglich das von diesem Verbands errichtete Sekretariat zu stützen, daß vordem wegen Mitgliedermangel nicht leben und sterben konnte.“

Dieser plumpe Schwindel veranlaßt uns, den schwarzen Hohlkopf des Einsenders ein wenig zu massieren.

Der erste, am 10. Juli 1919 für die bayerischen Staatsgärten abgeschlossene Tarifvertrag wurde vereinbart zwischen der Verwaltung des ehemaligen Kronguts einerseits und dem Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter andererseits. Späterhin kam als Tarifkontrahent für das Hausdienstpersonal der ehemaligen Krongutsverwaltung noch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hinzu. Der nachfolgende Tarifvertrag vom 10. Juni 1920 mußte bereits mit dem Landesverband land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgebervereinigungen Bayerns, Fachausschuß für Gärtnerei abgeschlossen werden, weil inzwischen das bayerische Finanzministerium die Vertretung der Tarifinteressen in den Staatsgärten diesem Verbands übertrug hatte. Ein vom Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an das Finanzministerium gestellter Antrag, die Arbeiter und Arbeiterinnen der bayerischen Staatsgärten dem Tarifvertrag für die Arbeiter bei der bayerischen Staatsverwaltung zu unterstellen, wurde abgelehnt! Bei Ablauf des Vertrages wurde dieser Antrag erneuert und vom Finanzministerium wiederum abgelehnt, ebenso erging es einer Eingabe an die Ministerien für Finanzen und Kultus vom 17. November 1922, die Arbeitnehmer in den Botanischen Gärten in den Staatsarbeiterarif einzureihen. Alle dahingehenden Bemühungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im bayerischen Landtag waren ebenfalls erfolglos.

Verschwiegen hat der Berichterstatter, daß an dem Tarifabschluß vom 14. März 1921 auch der „Deutsche Gärtnerverband“ beteiligt war, der doch den christlichen Gewerkschaften angehörte. Dem damaligen Vertreter dieses Verbandes war es ebenfalls nicht möglich, seine ihm nahestehenden Genossen in der bayerischen Volkspartei zu veranlassen, dieses ihrer Auffassung nach so unwürdige Tarifverhältnis zu beseitigen, im Gegenteil, der Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde mit Hilfe der bayerischen Volkspartei abgelehnt! Der Berichterstatter hat weiter verschwiegen, daß die für die Ablehnung verantwortlichen Minister Mitglieder der bayerischen Volkspartei waren bzw. sind, und daß ein Antrag in neuerer Zeit — März 1928 — die Arbeiter der Staatsgärten, der staatlichen Holzhöfe und die staatlichen Obst- und Weinbauarbeiter dem bayerischen Staatsarbeiterarif zu unterstellen, vom Finanzministerium wieder abgelehnt wurde!

Wer hat also den Staatsgärtnerarbeitern den Weg zum Staatsarbeiterarif verbaut? Nicht der „rote“ Gärtnerverband, wie der sich vorsichtigerweise in anonymes Dunkel hüllende „Arbeiter“ behauptet, sondern die ihm und der bayerischen Volksparteipresse nahestehenden Leuten, die anscheinend erst jetzt einsehen, daß sie ein nun schon seit vielen Jahren bestehendes Unrecht an den Staatsgärtnerarbeitern gut zu machen haben.

Dem „roten“ Gärtnerverband wollte man eins auswaschen und wurde dabei ungewollt zum Ankläger seiner schwarzen Genossen im bayerischen Landtag und der Regierung, die einzig und allein schuld sind, daß auch heute noch ein Sondertarif für die Arbeitnehmer in den bayerischen Staatsgärten und den Botanischen Gärten besteht.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der Berichterstatter der Volksparteipresse mit dem schwarzen Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen identisch ist. Seine Unkenntnis über die Entwicklung des Tarifvertragswesens in den Staatsgärten und das schädigende, arbeitsermüdende Verhalten seiner Genossen im bayerischen Landtag sollte der Arbeiterschaft dieser Betriebe eine Warnung sein, sich von ihm auf die schwarze Leimrute locken zu lassen.

Fr. Schulze, München.

Blumengeschäfte

Einschulung der Blumenbinderinnen in Bremen.

Im Einvernehmen mit unserer Verwaltung Bremen wurde durch die dortige Arbeiterkammer die Einschulung der Blumenbinderinnen in die gewerbliche Fortbildungs- und Fachschule mit Beginn des Wintersemesters beschlossen. Als Vertreter der Kammer wurde unser Kollege Dohrmann benannt.

Arbeitskämpfe und Tarife

Lohnerhöhungen für die Königsberger Handelsgärtnerei.

Vor dem Schlichter kam es für die Handelsgärtnereien in Königsberg (Ostpreußen) zu einer Lohnvereinbarung, die Erhöhungen der Stundenlöhne der Gehilfen von 2—5 Rpf. brachte. Der Lohn an ungelernete Arbeiter im Alter von über 20 Jahren erhöht sich um 4 Rpf., der der Arbeiterinnen um 2—3 Rpf. Trotz der verhältnismäßig günstigen Ergebnisse unserer dortigen Lohnbewegung bewegen sich die Löhne an sich noch immer auf einem recht niedrigen Niveau.

Lohnerhöhungen in Camenz.

Ab 1. September 1929 gelten neue Löhne, die gegenüber den 1925 vereinbarten um 8 und 9 Rpf. für männliche und 3 Rpf. für weibliche Arbeitskräfte erhöht sind.

Lehrlingsentschädigung im Tarifvertrag.

In der schon in Nr. 14 und 15 behandelten Frage der Regelung der Lehrlingsentschädigung in Sachsen hat die Sächsische Fachkammer sich nun von einem Rechtsanwalt eine Auslegung der Bestimmung des Landestarifs: „Für die Regelung der Lehrverhältnisse gilt die Lehrlingsordnung der Fachkammer für Gartenbau zu Dresden sowie deren Lehrvertragsmuster“ bauen lassen.

Dieser Rechtsanwalt macht dabei u. a. folgende Ausführungen: „Die Parteien des Landestarifvertrages haben von der Befugnis, die Lehrlingsfragen im Tarifvertrag zu regeln, in der Weise Gebrauch gemacht, daß sie diese auf eine dritte Stelle, nämlich die Fachkammer, übertragen. Sie haben also ihr Recht „delegiert“. Wenn diese Stelle von dieser Befugnis Gebrauch gemacht hat, gleichgültig ob es in der Weise, daß sie lediglich Richtlinien festsetzte, dann können „unmöglich“ die Tarifparteien das von ihnen delegierte Recht wieder an sich ziehen und die Frage der Barentschädigung der Lehrlinge in Lohnverträgen regeln.“

Muß das ein kluger Mann sein, dieser Rechtsanwalt. Solcher Sorte Rechtsanwälten ist sonst ziemlich alles möglich; Tarifparteien aber soll es „unmöglich“ sein, ein Recht, das sie einer andern Stelle übertragen haben, wieder zu entziehen? Im Höchsthalle gilt doch diese Rechtsübertragung für die Dauer des Tarifvertrages. Dann aber ist ganz Sache der Tarifparteien, ob sie durch entsprechende Vereinbarungen das Recht der Regelung von Lehrlingsfragen selbst ausüben, also wieder an sich ziehen wollen. Und wenn das die beiderseitigen Tarifparteien übereinstimmend wollen, dann könnten sie eine dementsprechende Änderung ihres Vertrages auch jederzeit während der Laufzeit des Tarifs vornehmen und damit der Fachkammer das „delegierte“ Recht entziehen. Daran könnte sie weder diese, noch ihr überkluger Rechtsanwalt hindern.

Lehrlings- und Bildungswesen

Gute Beschlüsse — „auch die freien Berufsorganisationen haben eifrigst mitzuwirken“.

Nach der „Gartenbauwirtschaft“ hat die Arbeitsgemeinschaft der Gartenbaukammer Bremen sowie der Gartenbauausschüsse der Landwirtschaftskammern für Hannover und für Oldenburg am 31. Mai 1929 zur Lehrlingsfrage u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:

„1. Die Lehrherren sind zu verpflichten, alle wegen körperlicher, geistiger und sonstiger Untauglichkeit ungeeigneten Elemente dem Beruf fernzuhalten. Zur Durchführung einer sorgfältigen Auswahl haben sowohl die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen als auch die freien Berufsorganisationen eifrigst mitzuwirken.“

2. Die Berufseignungsprüfung durch eine Kommission der Prüfungsausschüsse ist einzuführen für Orte oder kleinere Bezirke, in denen eine größere Anzahl Lehrbetriebe zusammenliegen, und wo die Prüfung auf Berufseignung ohne wesentliche Unkosten erfolgen kann.

3. Im übrigen sind die Lehrherren zu verpflichten, spätestens vier Wochen nach der Einstellung und vor Ablauf der Probezeit über die Probelehrlinge an die Berufsvertretungen zu berichten. Den Berufsvertretungen obliegt es, auf Grund dieser Berichte in Einzelfällen einzugreifen, entweder eine besondere Prüfung vorzunehmen oder von vornherein die Entlassung zu bewirken.“

Diese Beschlüsse machen sich, wie schon so manche andere, ganz gut aus — auf dem Papier. Es wird indessen abzuwarten

sein, wie sie durchgeführt werden. Im besonderen sind wir neugierig, ob man bei dem Satz: „haben . . . auch die freien Berufsorganisationen eifrig mitzuwirken“, auch an unsern Verband gedacht hat. Daß wir dazu stets bereit sind, dürfte ja bekannt sein. Schwierigkeiten entstanden bzw. wurden gemacht bisher immer auf der anderen Seite. Ob's nun endlich und wirklich anders wird?

Bedauerliche Folgen der Hundstage.

Die Gärtnerei Hoyme in Naumburg a. d. Saale betreibt Schnittgrün- und Topfpflanzkulturen, bemerkt aber in einer Anzeige im „Thalacker“ (Nr. 33), durch die sie einen Lehrling sucht: „Betrieb ist als ‚Landwirtschaft‘ anerkannt“.

Dem bedauerlichen Besitzer dieser Gärtnerei ist gewiß infolge der ungewöhnlich heißen Hundstage in seinem Hirnkasten alles durcheinander gekommen, und wird ihm deshalb die Befähigung eines Lehrlingshalters wohl wieder aberkannt werden müssen.

Fachschule für Gärtner Berlin.

In der X. Berufsschule, Berlin NW, Bremer Straße 10—12, beginnen demnächst die Winterkurse, für die das Schulgeld 3 Rm. je Kursus beträgt. Außerdem ist eine einmalige Einschreibgebühr von 50 Kpf. zu entrichten, einerlei, wieviel Kurse belegt werden. Die Anmeldungen (im Amtszimmer der Schule) können sofort erfolgen und werden nach dem 31. Oktober nicht mehr entgegengenommen.

Stundenplan: Montags: Schädlingsbekämpfung (Lehrer Staats) und Obstbau, Baumschulkulturen (Koll. Thull); Dienstags: Zeichnen, Planlesen, Skizzieren (Hennig) und Chemie, Bodenkunde und Düngerlehre (Jakob); Mittwoch: Botanik (Dageförde) und Deutsch, Rechnen, Geschäftsverkehr (Steffen); Donnerstag: Landschaftsgärtnerei, Gartengestaltung (Herfort); Freitag: Topfpflanzen- und Schnittblumenkulturen (de Coene).

Rundschau

Reichsmietertag.

Der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) hielt am 24. und 25. August 1929 in Eisenach seine diesjährige Tagung ab.

Der Mietertag forderte, statt der Hauszinssteuer eine für das Reich einheitliche Wohnungsbausteuer zu schaffen. Diese ist nach dem Maßstabe der Einkommensteuer und mit dieser zu erheben und nur für den Bau von Wohnungen und zur Senkung der Neubaumieten zu verwenden.

Solange die Hauszinssteuer noch erhoben wird, soll sie restlos für gemeinnützigen Wohnungsneubau verwendet werden.

Die Neubaumiete ist durch geeignete Maßnahmen auf die Höhe der gesetzlichen Miete zu senken.

Weiter verlangt der Mietertag die Schaffung eines einheitlichen Sozialen Miet- und Wohnrechtes. Solange es nicht geschaffen ist, darf ein weiterer Abbau des Mieterschutzes nicht erfolgen. Den Ländern ist die Ermächtigung zu entziehen, weitere Lockerungen durchzuführen.

Die baldige Vorlegung und Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes nach den Beschlüssen des Ständigen Ausschusses für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium wurde ebenfalls für notwendig gehalten, damit die Gemeinden endlich in die Lage versetzt werden, Bodenvorratswirtschaft und eine gesunde Wohnungsbaupolitik zu betreiben.

An die Gewerkschaften und die sozial gerichteten Organisationen wurde ein Appell gerichtet, gemeinsam mit dem Reichsbund deutscher Mieter die zur Durchsetzung der Mieterforderungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die billige und schöne Wohnung.

Das Volksbildungsamt des Berliner Bezirksamtes Friedrichshain veranstaltet unter Leitung des Herrn Prof. Spanagel in der Tischlerschule, Straßmannstraße 6, vom 1. bis 22. September 1929, eine Ausstellung unter obigem Motto, in der stilleckte Möbel zu wirklich billigen Preisen gezeigt werden. — Der leitende Gedanke der Ausstellung, durch Wohnungskultur im Dienst der Geschmacksbildung auf die Bevölkerung einzuwirken, ist in glücklicher Weise vorbildlich zum Ausdruck gelangt. Die Besichtigung ist kostenlos.

25 Jahre Arbeiterjugendbewegung.

Die Arbeiterjugendbewegung feiert in den nächsten Tagen ein Jubiläum. Vor 25 Jahren gründeten einige beherzte Jugendliche in Berlin die erste proletarische Jugendorganisation.

Über die Ursachen, die zur Gründung führten, sagt Karl Korn in der „Geschichte der Arbeiterjugendbewegung“ treffend folgendes:

„Die Ursachen, ja die Notwendigkeiten, die das Jugendproletariat zum Zusammenschluß gedrängt haben, waren im Norden und im Süden die gleichen. Es war in erster Linie die wirtschaftliche Not, die den Jungen, wie vordem den Alten, den Organisationsgedanken einpaukte, die Hoffnung, durch vereinte Kraft, durch gemeinsames Handeln, die Unerträglichkeiten ihres Berufs-schicksals beseitigen oder doch mildern zu können.“

Allen Schwierigkeiten zum Trotz nahm die Arbeiterjugendbewegung, unterstützt von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, ihren unaufhaltsamen Aufstieg.

40 Jahre Arbeitnehmergeverband des Friseur- und Haargewerbes.

Auf einen Hieb fällt kein Baum, das mußten auch die Barbier- und Friseurgehilfen erfahren, die von 1886 an versuchen, einen Verband zu gründen. Viermal waren die Versuche vergeblich; erst der fünfte Anlauf gelang. Unter dem Deckmantel einer Fahnenweihe des Vereins der Friseurgehilfen in Hannover fand am 26. und 27. August 1889 ein Kongreß der Friseurgehilfen statt, der die Gründung des Verbandes beschloß.

Waren schon die Schwierigkeiten der Errichtung groß, noch größer waren die der Durchführung. Begegnet auch heute die Gewerkschaft der Friseure noch erheblicher Widerstände, sie sind klein im Verhältnis zu denen, die damals zu überwinden waren und in unverzagter 40jähriger Arbeit nun doch überwunden sind.

60 Jahre Organisation der Handschuhmacher.

Am 4. August waren sechs Jahrzehnte seit der Gründung des Verbandes der Handschuhmacher Deutschlands verflossen. Die Gründung erfolgte im Jahre 1869 auf einem Kongreß der Gehilfen in Arnstadt in Thüringen, nachdem im gleichen Jahre ein Vorstoß der Handschuhfabrikanten vorangegangen war zur Schaffung einer zentralen Organisation der Unternehmer, um durch eine solche „dem zügellosen Treiben der Gehilfen ein Ende zu machen“. Das ist ihnen nicht nur nicht gelungen, sondern das Gegenteil ist eingetreten, die Handschuhmachergehilfen schufen sich eine stets schlagfertige und erfolgreiche Organisation, die sich nach 40jährigem Bestehen im Jahre 1909, mit dem Lederarbeiter-Verband verschmolz. Sie sind dabei gut gefahren. Die Handschuhmacher haben schon seit Jahren einen Reichstarif, der nicht nur die Arbeitsverhältnisse der in Werkstätten Tätigen, sondern auch der meist schwer zu organisierenden Heimarbeiterinnen regelt.

Jubiläum der Enthaltensamkeitsbewegung.

25 Jahre arbeitet im Herbst dieses Jahres der 1904 gegründete „Zentralverband der deutschen Enthaltensamkeitsvereinigungen“ an seiner Aufgabe, dem Enthaltensamkeitsgedanken auch in dem trinkfrohen Deutschland Geltung zu verschaffen. Daß er diesem Ziele ein hübsches Stückchen näher gekommen ist, vermag niemand in Abrede zu stellen, der die Verhältnisse von damals mit heute vergleicht. Der einstigen völligen Ablehnung ist in weiten Kreisen Duldung und Anerkennung gefolgt.

Bekanntmachungen

Essen. Besichtigung der neugeschaffenen Grünanlagen der Stadt Buer unter Führung des Herrn Gartendirektor Gey am Sonntag, den 22. September. Treffpunkt: 14.00 Uhr vor dem Rathaus Buer. Zinke.

Frankfurt a. M. Besichtigung des Palmengartens mit Führung bei freiem Eintritt am Sonntag, den 22. September. Treffen bis 9½ Uhr am Haupteingang, Bockenheimerlandstraße. — Fachkursus im Feldmessen und Nivellieren. Kollegen, die sich für die Abhaltung eines solchen Kurses interessieren, werden um die Abgabe ihrer Adresse im Verbandsbüro gebeten. Fritz Fuchs.

Sterbetafel

Durch den Tod verloren wir:

Am 16. August den Kollegen **Heinrich Meyer**, 2. Vorsitzender der Verwaltung Krefeld. Erst 26 Jahre alt, war er schon seit Jahren ein eifriger Mitarbeiter im Vorstand.

Am 28. August die Kollegin **Anna Fischer** im Alter von 41 Jahren, Mitglied der Verwaltung Hannover. Ehre ihrem Andenken!

Unterzeichneter erklärt hierdurch ab 1. Oktober 1929 seinen Beitritt zur Gemeinschaft

KUNST DER ZEIT

(Freundeskreis der Künstler-Selbsthilfe)

für das laufende Jahr 1929—1930. Der Beitrag von 60 Pf. pro Monat soll dreimonatlich bei Vorausbezahlung eingezogen werden. Bei Nichtkündigung der Mitgliedschaft bis zum 1. August 1930 läuft dieselbe auf 1 Jahr weiter.

Name:

Wohnort:

Straße:

(Bitte deutlich ausgefüllt als Drucksache mit 5-Pf.-Marke an die Künstler-Selbsthilfe, Berlin-Frohnau senden.)